

RUDOLF LUZ WARNT VOR EINER ESKALATION IM STREIT UM DIE MITBESTIMMUNG IM VW-KONZERN

EU soll das neue VW-Gesetz akzeptieren

Audi-Betriebsrat Norbert Rank: Es ist völlig unklar, was Porsche mit der Premium-Marke Audi nach einer Übernahme machen will.

Rudolf Luz hat die EU-Kommission wegen ihrer Kritik an dem Entwurf eines neuen VW-Gesetzes scharf kritisiert. Der Chef der IG Metall im Unterland sieht keinen Grund für ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. Gleichzeitig warnt Luz Porsche-Chef **Wendelin Wiedeking** und die Eigentümer-Familien **Porsche** und **Piech** vor einer Eskalation im Streit um die Mitbestimmung beim Volkswagen-Konzern, zu dem auch Audi gehört. Schon zuvor hatte **Norbert Rank** Baden-Württembergs Ministerpräsidenten **Günther Oettinger** (CDU) angegriffen. Seine ablehnende Äußerung zum geänderten VW-Gesetz sei ein »Schlag ins Gesicht der Arbeitnehmer von Audi«, sagte der Vorsitzende des Audi-Betriebsrats in Neckarsulm.

»Das neue VW-Gesetz behindert weder den freien Kapitalverkehr noch wird die Verwirklichung des Binnenmarkts verzögert«, argumentiert Rudolf Luz und weiß mit dieser Position auch den IG Metall-Vorsitzenden **Berthold Huber** hinter sich. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf stehe im Einklang mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Wenige Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament führe das Vorgehen der EU-Kommission dazu, dass die kritische bis ablehnende Haltung der Bürger gegenüber der EU weiter zunehmen werde, denn die Kommission lasse sich zunehmend von den Interessen der Kapitaleigner leiten. Die Belange der Arbeiter und Angestellten fielen dagegen unter den Tisch.

IMPRESSUM

IG Metall Heilbronn-Neckarsulm, Salinenstraße 9, 74172 Neckarsulm, Telefon 0 71 32 - 93 81-0, Fax 0 71 32 - 93 81-30, E-Mail: neckarsulm@igmetall.de, Redaktion: Rudolf Luz (verantwortlich), Jürgen Ergenzinger

Bei dem neuen VW-Gesetz geht es darum, dass ohne Zustimmung des Landes Niedersachsen und der Beschäftigtenvertreter im Aufsichtsrat kein VW-Werk geschlossen werden kann. Das gleiche gilt für die Auflösung des Unternehmens und Verlegung seines Sitzes. »Wenn Porsche dies nicht will, dann stellt sich die Frage, weshalb man soviel Energie in die Abschaffung des Gesetzes legt«, fragt Rudolf Luz. Dieses Verhalten wecke Misstrauen und provoziere Widerstand. Deutschland brauche nicht weniger, sondern mehr Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten. »Damit würde es die Arbeitsplätze bei Nokia in Bochum noch geben und auch das **AEG** Werk in Nürnberg.«

Ähnlich argumentiert Norbert Rank: Dem Ministerpräsident Günther Oettinger empfahl der Audi-Betriebsrat, mit seinem niedersächsischen Amtskollegen **Christian Wulff** (CDU) zu sprechen. Der stehe in dieser Frage auf der Seite der Arbeitnehmer. So wie Bundeskanzlerin **Angela Merkel** und die SPD.

»Gerade zurzeit sorgen wir uns um unsere Zukunft«, sagt Rank, »weil völlig unklar ist, was Porsche mit der Premium-Marke Audi nach einer Übernahme ma-



Audi, Tor 3: Kundgebung für einen neuen Tarifvertrag zur Altersteilzeit Anfang Juni.

chen will.« Rank spielt damit unter anderem auf die Konkurrenz-Modelle TT und R8 an. Wie bekannt wurde, hatte Porsche bereits die vergleichsweise niedrigen Preise für den R8 und den Geländewagen Q7 kritisiert. In solchen Zeiten sei das VW-Gesetz deshalb »der wirksamste Schutz vor Arbeitsplatzverlust und der Willkür von Managern«, betont der Audi-Mann.

Kampf um Standort

Die Unterländer Autobauer wissen gut, was es bedeutet, wenn ein Werk geschlossen werden soll. Ohne ihren Kampf für den Standort 1975 wäre die Region heute

um über 13 000 Arbeitsplätze ärmer. Damals hatte VW beschlossen, Audi-NSU zu schließen. Für zusätzliche Beschäftigung sorgte in Neckarsulm dann ab 1976 der Lohnauftrag für den Porsche 924, den Porsche nach Vorgaben und im Auftrag von VW konstruiert hatte.

Mittlerweile ist Audi im VW-Konzern und der Standort Neckarsulm bei der Audi-Tochter gut abgesichert. Fast alle Audi-Marken werden in Ingolstadt oder Neckarsulm gebaut. Ausnahme: das TT-Modell wird in Ungarn gefertigt, der Q7 in der Slowakei. Und der A1 wird in Brüssel montiert werden. Damit haben der VW- und der Audi-Aufsichtsrat 2007 nach heftigen Protesten der Betroffenen und Dank der erweiterten Mitbestimmung und VW-Gesetz den Standort Brüssel gerettet.

Gewerkschaftsgelder

Das VW-Gesetz von 1960 war ein Zugeständnis der Regierung von **Konrad Adenauer** an die Gewerkschaften. Denn die Nazis haben VW mit geraubtem Gewerkschaftsvermögen aufgebaut. Die britische Besatzungsmacht hatte VW deshalb 1949 treuhänderisch der Bundesregierung übergeben. Gegen den Protest der IG Metall und der Beschäftigten wurde VW dann 1960 teilprivatisiert. ■

KURZ NOTIERT

■ **Tarifrunde 2008:** Im Juli wird in den Betrieben über die Forderung zur Tarifrunde im Herbst diskutiert. „Dies wird der Arbeitsschwerpunkt der knapp 1000 neu oder wieder gewählten Vertrauensleute der IG Metall im Unterland sein, die in 23 Betrieben gewählt wurden,“ sagt **Heinz Eyer**, der Leiter der Vertrauensleute bei **Audi**.

■ **Erstmals einen Betriebsrat** gewählt haben die rund 60 Beschäftigten der **AMS Metall-**

beschichtung GmbH in Schwaigern. Es wurde ein Gremium mit fünf Mitgliedern gewählt.

■ **Beiträge:** Im Juni wurden die Tariflöhne und -gehälter tabellenwirksam um 1,7 Prozent erhöht. Zusätzlich haben die Metall- und Elektrounternehmen einen Einmalbetrag in Höhe von 3,98 Prozent (für die Monate Juni bis Oktober) ausbezahlt. Laut Satzung erhöhen sich deshalb für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen auch die Mitgliedsbeiträge.